

Beschluss

der 85. Konferenz Justizministerinnen und Justizminister am 6. November 2014 in Berlin

**TOP I.1 Zwangsvollstreckung – Gesetzgeberische Ergänzungen der
Reform der Sachaufklärung, Suche im
Schuldnerverzeichnis und Verbindliches Formular für den
Vollstreckungsauftrag
- JMK 259 -**

Berichterstattung: Bayern

1. Die Justizministerinnen und Justizminister stimmen darin überein, dass die durch das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung geschaffenen Regelungen einschließlich der zu ihrer Ausführung erlassenen Rechtsverordnungen in einzelnen Punkten der Ergänzung, Klarstellung und Änderung bedürfen, um vorhandene Rechtsunsicherheiten zu beseitigen, Verfahrensabläufe zu effektivieren und die Zuverlässigkeit der Auskünfte aus dem Schuldnerverzeichnis zu erhöhen.
2. Sie bitten das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, auf der Grundlage der bisher mit der Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung gesammelten Erfahrungen Regelungsvorschläge zur Lösung aufgetretener Probleme vorzulegen. Insbesondere bitten sie das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, eine Rechtsverordnung zur verbindlichen Einführung von Formularen für den Vollstreckungsauftrag nach § 753 Abs. 3 ZPO und eine Rechtsverordnung zur Änderung des § 8 der Schuldnerverzeichnisführungsverordnung zu erlassen.